



## Mehr Vielfalt, weniger Staat

Unabhängige, freie Medien (Presse, Radio, Fernsehen, Internet, Social Media) sowie der Wettbewerb zwischen den einzelnen Medienanbietern sind Garanten für eine lebendige und funktionierende Demokratie.

Staatliche Beeinflussung wie auch übermäßige Regulierungen sind Gift für die Freiheit und Meinungsvielfalt und führen zu einem Monopol.

Mehr Wettbewerb, eine enge Definition des Service public, mehr Transparenz und weniger gesetzliche Fesseln für private Anbieter prägen eine freiheitliche Medienpolitik.

**Staatliche Förderung und Subventionen machen abhängig**

Die Medienlandschaft verändert sich laufend und mit ihr auch die Gewohnheiten der Medienkonsumenten. An Beliebtheit gewinnende Gratisangebote im Print- und Internetbereich sorgen dabei nicht nur für mehr Vielfalt und Wettbewerb, sondern bedrängen gleichzeitig auch die traditionellen Medienprodukte. Man kann diese Entwicklung bedauern oder wie linke Intellektuelle gar verteufeln – sie ist jedoch Tatsache. Daran ändern auch grosszügig ausgeschüttete Subventionen und Fördermassnahmen nichts, sie führen im Gegenteil zu höherer staatlicher Abhängigkeit und damit letztlich sogar zu einer Verringerung der Medienvielfalt, da viele Anbieter getreu dem Motto «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing» die Botschaft ihres «Gönners» ungefiltert und unkritisch weitergeben und damit zu einem staatlichen Medienorgan werden.

**Missbrauch des Begriffs «Service public»**

Diese Entwicklung ist aber nicht nur im Printbereich mit der nicht mehr zeitgemässen Presseförderung zu beobachten, sondern auch im Fernseh- und Radiobereich. Der Quasi-Monopolist SRG steht dort aufgrund diverser Gesetzesrevisionen praktisch ohne Konkurrenz da. Über 92 Prozent der Gebühren gelder fliessen an die SRG. Die Schweizerinnen und Schweizer zahlen die weltweit wohl höchsten Radio- und Fernsehgebühren. Angesichts dieser Marktmacht erstaunt es nicht, dass die SRG über Jahre hinweg die üppig sprudelnden Gelder für ihre Zwecke gut angelegt hat. Unter dem schwammigen Oberbegriff «Service public» wurden der Radio- und Fernsehbereich massiv ausgebaut. Jede Nische wurde mit einem Spartenprogramm besetzt, jede noch so kleine Zielgruppe durch Angebote abgeholt. Die SRG besitzt mittlerweile 17 Radio- und 7 Fernsehsender

# 3 x teurer

**Die Kosten des überbeuerten SRG-Staatssenders haben sich seit 1984 verdreifacht!**

Kategorie	Jahr	Veränderung
Lohnentwicklung	1984	-
	2013	+182%
Budget SRG	1984	-
	2013	+304%

**1'600'000'000 CHF/Jahr**

**Während sich das SRG-Budget mehr als verdreifacht hat, bleibt immer weniger im Portemonnaie des Bürgers. Künftig zahlen wir sogar 1000 Franken Billag-Mediensteuer pro Jahr und Haushalt!**

sowie diverse Webseiten – kein anderer staatlicher Anbieter eines ähnlich grossen Landes in Europa hat mehr Programme. Auch vor dem Hintergrund der Mehrsprachigkeit und ihrer Herausforderungen lässt sich diese Fülle nicht erklären. Nun will sich die SRG im Internet sogar noch weiter ausbreiten.

### **Für mehr Freiheit und Unabhängigkeit im Medienbereich**

Eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft ist zentral für eine funktionierende Demokratie. Die bislang stark auf die SRG zugeschnittenen Gesetze und Regulierungen sind für die Zukunft aufzubrechen und neu zu gestalten. Der Weg darf indes nicht über zusätzliche Gebührengelder für private Anbieter und weitere Abhängigkeiten vom Staat führen. Ziel muss vielmehr sein, dass für die privaten Anbieter eine massive Verbesserung der aktuellen Rahmenbedingungen erreicht wird. Dies bedeutet unter anderem, dass Radio- und Fernsehstationen ohne Gebührengelder sofort von staatlicher Kontrolle und Bürokratie befreit werden. Im Weiteren sind staatliche Medienförderungsmassnahmen aufzuheben und nicht noch auszubauen. Der über Jahre praktizierte Missbrauch des Begriffs Service public ist zu beheben. Mit einer engen Definition soll ein Grundangebot, namentlich im Informationsbereich, sichergestellt werden, die restlichen Programme oder Themen sind dem freien Markt zu überlassen.

### **Duales System ist die beste Lösung**

Im Bereich der Gebühren ist das bisherige System grundlegend zu ändern. Die Radio- und Fernsehgebühren sind massiv zurückzufahren. Die Praxis, wonach die öffentlich-rechtlichen Sender sowohl Gebühren als auch Werbegelder beziehen, ist aufzuheben und durch ein sogenanntes «duales System» zu ersetzen. In der Praxis bedeutet dies, dass die öffentlich-rechtlichen Sender weiterhin Gebührengelder bekommen sollen, Werbung soll ihnen aber nicht mehr erlaubt sein. Diese ist den privaten Anbietern vorbehalten, die im Gegenzug aber keine Gebührengelder bekommen sollen.

Die Aufteilung Gebühren für die Staatssender und Werbung für die Privaten ist nicht nur vernünftig, sondern auch fair, vermeidet man damit doch eine zu einseitige und monopolartige Stellung einer der beiden Gruppierungen. Dies führt zu einem stärkeren Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Anbietern und für den Konsumenten zu höherer Qualität, mehr Auswahl und besseren Programmen.

### **Mehr Transparenz, mehr Freiheit und weniger Gebühren**

Längst überfällig ist auch die Herstellung von Transparenz in den Rechnungen der SRG. Die Ausgabenposten des Staatssenders sind allesamt offenzulegen – die Bevölkerung hat schliesslich ein Recht darauf, zu erfahren, wofür ihre Rundfunkabgaben ausgegeben werden. Dieselbe Transparenz sollte bei allen staatlichen oder staatsnahen Institutionen ohnehin Standard sein. Urheberrechtsgesellschaften wie SUISA, Pro Litteris und andere in diesem Bereich tätige Unternehmen wie die Billag, die in der Vergangenheit zu viel erhalten haben oder aufgrund mangelnder Rechtslage eigentlich gar keine Gelder hätten verlangen dürfen, sollen ebenfalls zur vollständigen Offenlegung ihrer Rechnung und damit zu einer besseren Kontrolle aufgefordert werden.

Die höhere Transparenz hat zudem noch einen weiteren positiven Effekt: Sie senkt die Kosten. Damit und mit der Beschränkung des Grundangebots auf den Informationsbereich bei Radio und Fernsehen könnten die staatlichen Medienabgaben massiv reduziert werden. Das Ganze würde dabei ohne Abstriche an der Themenauswahl, ohne Qualitätsverlust, mit mehr Freiheit und weniger staatlichem Einfluss erfolgen – für eine unabhängige, lebendige und starke Demokratie.

STANDPUNKTE

**Die SVP**

- lehnt eine staatliche Medienförderung und eine weitere Ausbreitung der SRG – insbesondere im Internet-Bereich – ab;
- will private Medienanbieter stärken: Private Radio- und Fernsehstationen ohne Gebührengelder sind umgehend von staatlicher Kontrolle und Bürokratie zu befreien;
- setzt sich ein für das duale System (Gebühren für die öffentlich-rechtlichen Sender, Werbung für die Privaten) und lehnt eine staatliche Mediensteuer ab;
- verlangt eine enge Definition des Service public in Radio und Fernsehen. Damit soll ein Grundangebot namentlich im Bereich der Information in den vier Landessprachen sichergestellt werden;
- verlangt, dass gebührenfinanzierte Fernsehsendungen in der Schweiz produziert und die Gebührengelder in der Schweiz investiert werden;
- fordert eine massive Senkung der Empfangsgebühren, eine Abkehr vom Splitting-Modell (Gebührenausschüttung an SRG und private Sender) und die Festlegung der Gebühren durch das Parlament;
- verlangt umfassende Transparenz und Offenlegung der SRG-Rechnung, aufgeteilt nach Sender, Sparte, Verwaltung, Events, Marketing, Lobbying usw.;

STANDPUNKTE

**Die SVP**

- unterstützt ein Verbot von SRG-Meinungsumfragen zu Wahlen und Abstimmungen;
- lehnt Werbeverbote ab. Alle Produkte, die legal erhältlich sind, sollen beworben werden dürfen.

VORTEILE +

**Das bringt mir**

- ✓ als Konsument mehr Auswahl und bessere Programme bei tieferen Gebühren;
- ✓ als mündigem Bürger weniger staatliche Bevormundung und Beeinflussung;
- ✓ als Medienschaffendem weniger Einflussnahme durch den Staat, mehr Freiheit und Unabhängigkeit;
- ✓ als Unternehmer vernünftige Werbemöglichkeiten für meine Produkte zu besseren Konditionen.